



HESSISCHER LANDTAG

29. 10. 2015

Kleine Anfrage

des Abg. Greilich (FDP) vom 28.07.2015

betreffend Stellensituation an den Beruflichen Schulen in den hessischen Schulamtsbezirken

und

Antwort

des Kultusministers

Vorbemerkung des Fragestellers:

In einem Schreiben der Bezirksgruppe der Arbeitsgemeinschaft der Direktorinnen und Direktoren an Beruflichen Schulen im Lahn-Dill-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg vom 17. Juli 2015 an den Kultusminister, welches auch den bildungspolitischen Sprechern der Fraktionen des Landtags zuzuging, beklagen diese den Umstand, dass auch in Beruflichen Fachrichtungen mit besonderem Bedarf in ihrem Schulamtsbezirk keine Absolventinnen und Absolventen des Vorbereitungsdienstes für das Schuljahr 2015/16 auf Planstellen eingestellt werden können, obwohl diese an ihren Schulen ausgebildet wurden. Als Grund dafür wird genannt, dass das Staatliche Schulamt über keine entsprechenden Planstellen verfügt, weil diese durch Abordnungen oder Versetzungen aus den allgemeinbildenden Schulen an die Beruflichen Schulen bereits besetzt sind. Die Direktorinnen und Direktoren befürchten deshalb Unterrichtsauffall und mangelnde Abdeckung des berufsbezogenen Unterrichts.

Vorbemerkung des Kultusministers:

Insgesamt wurden im Aufsichtsbereich des Staatlichen Schulamtes für den Lahn-Dill-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg (SSA LDLW) zum 01.02.2015 und zum 01.08.2015 20,23 Planstellen für die beruflichen Schulen besetzt. Dies beinhaltet auch vorgenommene Umwandlungen von befristeten TV-H-Verträgen in unbefristete Verträge (4,23 Stellen). Über schulbezogene Ausschreibungen wurden insgesamt drei Planstellen umgesetzt; eine Ausschreibung wurde veranlasst. Für die beruflichen Schulen wurden 12 umgesetzt bzw. veranlasst. Bei dieser Gelegenheit wird darauf verwiesen, dass für bestimmte Fachbereiche keine weiteren Bewerber/-innen zur Verfügung standen. Hier wurden über TV-H-Verträge entsprechende Einstellungen vorgenommen.

Für die sich im SSA LDLW befindlichen Referendare ergeben sich unmittelbar keine anderen Auswirkungen, als dies bisher der Fall war. Die beruflichen Schulen werden im Laufe der Schuljahres- bzw. Schulhalbjahresvorbereitung, wenn ein Einstellungsinteresse besteht, zu gegebener Zeit eine entsprechende Fachbedarfsanforderung formulieren und beim Staatlichen Schulamt einreichen. Konkrete Einstellungsmöglichkeiten werden unter den gegebenen Rahmenbedingungen bzw. gesetzlichen Regelungen geprüft (in enger Abstimmung mit dem Hessischen Kultusministerium) und ggf. veranlasst bzw. umgesetzt.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Inwieweit sind die Feststellungen im oben genannten Schreiben nach Auffassung der Landesregierung zutreffend?

Da die beruflichen Schulen im Aufsichtsbezirk des SSA LDLW gemäß ihrer Fachbedarfswünsche über Planstellen und TV-H-Verträge entsprechend versorgt wurden, ist aus heutiger Sicht davon auszugehen, dass der berufsbezogene Unterricht entsprechend abgedeckt wird. Speziell gesicherte Schülerzahlen für den Bereich der Teilzeit-Berufsschule liegen den beruflichen Schulen erst mit Beginn des neuen Schuljahres vor; daher können zum jetzigen Zeitpunkt nur stichbezogene Aussagen gemacht werden.

Frage 2. Sind der Landesregierung ähnliche Probleme in anderen Schulamtsbezirken bekannt?

Es liegen derzeit keine Erkenntnisse über Kürzungen und Ausfälle aufgrund von Überbesetzungen in Schulamtsbezirken vor. Alle Schulen erhalten eine Lehrerstellenzuweisung in Höhe von durchschnittlich 105 % Konkrete Fachbedarfe und Einstellungsmöglichkeiten werden in allen Staatlichen Schulämtern unter den gegebenen Rahmenbedingungen bzw. gesetzlichen Regelungen geprüft und ggf. in enger Abstimmung mit dem Hessischen Kultusministerium veranlasst bzw. umgesetzt. In den Fällen, in denen berufsbezogener Unterricht z.B. aufgrund des Mangels geeigneter Lehrkräfte nicht über die Einstellung auf Planstellen versorgt werden kann, erfolgt eine Versorgung über befristete Arbeitsverträge.

Frage 3. Welcher Bedarf für Einstellungen auf Planstellen für das Lehramt an Beruflichen Schulen in den beruflichen Fachrichtungen wurde in den einzelnen Schulamtsbezirken für das Schuljahr 2015/16 durch die Schulen angemeldet? (Wenn möglich bitte auch mit Fachkombination angeben)

Folgende Bedarfe nach Schulamtsbezirken und Fachkombination wurden von den Staatlichen Schulämtern gemeldet:

Schulamtsbezirk	Antwort
Fulda	Einstellung mit der Fächerkombination Bautechnik/Sport zum Schuljahr 2015/16
Hochtaunuskreis und Wetteraukreis	<ul style="list-style-type: none"> - Wirtschaft und Verwaltung [Deutsch (3x); Mathematik (2x); Informatik (2x); Sport (2x); Kath. Religion (1x)] - Metalltechnik [Deutsch (1x); Mathematik (1x); Sport (1x)] - Elektrotechnik [Englisch (2x); Mathematik (1x)] - Ernährung und Hauswirtschaft [Sport (1x)] - Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer [Ernährung und Hauswirtschaft (2x); Metalltechnik (1x)]
Lahn-Dill-Kreis und Landkreis Limburg-Weilburg	<ul style="list-style-type: none"> - Wirtschaft/Verwaltung (Informatik, Deutsch (3x), Religion, Chemie) - Gesundheit (Chemie) - Sozialassistent (Politik/Wirtschaft (2x)) - Metalltechnik (3x) (Physik) - Bautechnik (Mathematik) - Elektrotechnik (Politik/Wirtschaft)
Landkreis Bergstraße und Odenwaldkreis	<ul style="list-style-type: none"> - Wirtschaft (sehr hoher Bedarf) - Gestaltung - Gesundheit - Sozialpädagogik - Elektrotechnik - Mechatronik
Landkreis Darmstadt-Dieburg und Stadt Darmstadt	<ul style="list-style-type: none"> - Wirtschaft und Verwaltung (Politik/Wirtschaft) - Sozialassistent (Ethik) - Elektrotechnik (Sport) - Wirtschaft und Verwaltung (Evangelische Religion; Deutsch) - Ernährung/Hauswirtschaft (Sport)
Landkreis Groß-Gerau und Main-Taunus-Kreis	Im Mai wurde ein Bedarf von ca. 20 Planstellen prognostiziert, aktuell wurden 12 Stellen (+5 Entfristungen) zugewiesen.
Landkreis Gießen und Vogelsbergkreis	<ul style="list-style-type: none"> - Ernährung/Hauswirtschaft [Chemie] - Sozialassistent [Politik/Wirtschaft] - Sozialassistent [Politik/Wirtschaft] - Wirtschaft/Verwaltung [Englisch]
Landkreis Hersfeld-Rotenburg und Werra-Meißner-Kreis	<ul style="list-style-type: none"> - Sozialpädagogik [2x] - Wirtschaft und Verwaltung [Mathematik (1x); Deutsch (2x)] - Elektrotechnik [Physik (1x)] - Gesundheit [Deutsch (1x)] - Arbeitstechnische Fächer [Ernährung/Hauswirtschaft (2x); Farb- und Raumgestaltung (1x); Metalltechnik (1x)]

Landkreis Offenbach und Stadt Offenbach am Main	- Wirtschaft und Verwaltung - Metalltechnik
Landkreises und Stadt Kassel	- Bautechnik / Geomatik - Medientechnik - unterrichtsunterstützende Sozialpädagogik
Mainz-Kinzig-Kreis	Ein Bedarf von 7 Einstellungen wurde gemeldet: - Ernährung/Hauswirtschaft - Sozialassistenten - Bautechnik
Marburg	- Metalltechnik - Wirtschaft und Verwaltung
Rheingau-Taunus-Kreis und Landeshauptstadt Wiesbaden	- Ernährung und Hauswirtschaft / Chemie (1x) - Gesundheit / Biologie (1x) - Chemie, Physik, Biologie (1x) - Sozialpädagogik / Englisch (1x) - Wirtschaft und Verwaltung / Englisch (1x) - Wirtschaft und Verwaltung / Deutsch (2x) - Wirtschaft und Verwaltung / Sport (1x)
Schwalm-Eder-Kreis und Landkreis Waldeck-Frankenberg	- Wirtschaft und Deutsch - Metalltechnik und Deutsch - Wirtschaft und Englisch - Wirtschaft und Mathematik - Wirtschaft und Politik
Stadt Frankfurt am Main	- 3 Fachlehrer für Arbeitstechnische Fächer - 2 Bautechnik - 1 Textiltechnik - 14 sonstige Lehrämter an Beruflichen Schulen

Frage 4. Wie hoch ist die Zahl der Lehrkräfte aus dem rechnerischen Stellenüberhang allgemeinbildender Schulen, die an die Beruflichen Schulen abgeordnet und versetzt wurden oder werden sollen, in den einzelnen Schulamtsbezirken?

Die Zahlen der Versetzungen/Abordnungen werden nachfolgend dargestellt:

Schulamtsbezirk	Antwort
Fulda	Es erfolgen Abordnungen in Höhe von 194 Stunden, die 7,8 Stellen entsprechen. Es wurde keine Versetzung ausgesprochen.
Hochtaunuskreis und Wetteraukreis	Im Rahmen von Personalleistungsmaßnahmen aus dem allgemeinbildenden Bereich an die Beruflichen Schulen gab es Abordnungen im Umfang von 25,0 Wochenstunden und Versetzungen in Höhe von 62,5 Wochenstunden (3 Lehrkräfte).
Lahn-Dill-Kreis und Landkreis Limburg-Weilburg	78 Lehrkräfte werden zum Schuljahr 2015/16 von allgemeinbildenden Schulen an Berufliche Schulen abgeordnet. Davon sind nur 28 Lehrkräfte von deutlich überbesetzten Gymnasien im Personalleistungsprozess mit einem Teil ihrer Pflichtstunden betroffen. Die weiteren Abordnungen zwischen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sind im gegenseitigen Interesse sowie der Tradition geschuldet und betreffen pädagogische sowie regionale Konzepte und die der Verzahnung der Bildungsangebote.
Landkreis Bergstraße und Odenwaldkreis	Im Rahmen von Personalleistungsmaßnahmen unterrichten zwei Lehrkräfte von allgemeinbildenden Schulen an Beruflichen Schulen.
Landkreis Darmstadt-Dieburg und Stadt Darmstadt	Das Staatliche Schulamt hat keinen rechnerischen Stellenüberhang im Bereich der allgemeinbildenden Schulen und somit keine Abordnungen bzw. Versetzungen durchgeführt.
Landkreis Gießen und Vogelsbergkreis	Nach aktuellem Schuljahresplanungsstand ergibt sich für den Beginn des Schuljahres 2015/16 kein rechnerischer Stellenüberhang.
Landkreis Groß-Gerau und Main-Taunus-Kreis	Es gab nur Abordnungen/Versetzungen zwischen Schulen im Sekundarstufenbereich I und II und Beruflichen Schulen. Konkrete Zahlen wurden nicht genannt.

Landkreis Hersfeld-Rotenburg und Werra-Meißner-Kreis	Die rechnerischen Stellenüberhänge an einzelnen allgemein bildenden Schulen konnten komplett durch Personalmaßnahmen an allgemein bildenden Schulen abgebaut werden.
Landkreis Offenbach und Stadt Offenbach am Main	Das Staatliche Schulamt hat keine Abordnungen bzw. Versetzungen in diesem Bereich durchgeführt.
Landkreises und Stadt Kassel	Für das Schuljahr 15/16 sind keine Versetzungen bekannt.
Mainz-Kinzig-Kreis	Im Aufsichtsbereich des Schulamts wird eine Lehrkraft mit 12 Wochenstunden von einer allgemeinbildenden Schule aufgrund eines rechnerischen Überhangs an eine Berufliche Schule abgeordnet.
Marburg	Es wurden Lehrkräfte allgemeinbildender Schulen im Umfang von 7,7 Stellen an die Beruflichen Schulen zur Abdeckung von allgemeinbildenden Fächern abgeordnet.
Rheingau-Taunus-Kreis und Landeshauptstadt Wiesbaden	Im Rahmen von Personallenkungsmaßnahmen unterrichten zwei Lehrkräfte von allgemeinbildenden Schulen an Beruflichen Schulen.
Schwalm-Eder-Kreis und Landkreis Waldeck-Frankenberg	Es wurde im Umfang von 88 Stunden von überbesetzten allgemein bildenden Schulen an Berufliche Schulen abgeordnet, die sich auf 14 Lehrkräfte verteilen.
Stadt Frankfurt am Main	Das Staatliche Schulamt hat keine Abordnungen bzw. Versetzungen in diesem Bereich durchgeführt.

Frage 5. In welchen Schulamtsbezirken übersteigt die Zahl der Planstellen das jeweilige Gesamtbudget, so dass Einstellungen auf Planstellen grundsätzlich verweigert werden? (Bitte auch Schulformen angeben)

Von allen 15 Schulamtsbezirken wird Fehlanzeige gemeldet.

Frage 6. In welchen beruflichen Fachrichtungen an Beruflichen Schulen besteht derzeit ein Mangel an entsprechend ausgebildeten Lehrkräften? (Bitte auch Schulamtsbezirke angeben)

Nachfolgend eine Darstellung nach Schulamtsbezirken und Mangelfächern:

Schulamtsbezirk	Antwort
Fulda	geringer Mangel im Bereich Metalltechnik.
Hochtaunuskreis und Wetteraukreis	Mangel in den Fachrichtungen Metalltechnik, Elektrotechnik, Informatik.
Lahn-Dill-Kreis und Landkreis Limburg-Weilburg	Mangel in den Fachrichtungen Metalltechnik, Gesundheit, Informationstechnik.
Landkreis Bergstraße und Odenwaldkreis	Mangel in den Fachrichtungen Gesundheit und Sozialpädagogik.
Landkreis Darmstadt-Dieburg und Stadt Darmstadt	Mangel in den Fachrichtungen Informationstechnik und Sozialpädagogik.
Landkreis Gießen und Vogelsbergkreis	Mangel in den Fachrichtungen Metalltechnik und Elektrotechnik.
Landkreis Groß-Gerau und Main-Taunus-Kreis	Mangel in den Fachrichtungen Maschinenbau, Elektrotechnik und Sozialpädagogik.
Landkreis Hersfeld-Rotenburg und Werra-Meißner-Kreis	Mangel in der Fachrichtung Sozialwesen.

Landkreis Offenbach und Stadt Offenbach am Main	kein Mangel an ausgebildeten Lehrkräften.
Landkreises und Stadt Kassel	Mangel in den Fachrichtungen Metalltechnik und Elektrotechnik.
Mainz-Kinzig-Kreis	Mangel in den Fachrichtungen Metalltechnik, Elektrotechnik und Sozialwesen.
Marburg	Mangel in der Fachrichtung Metalltechnik.
Rheingau-Taunus-Kreis und Landeshauptstadt Wiesbaden	Mangel in den Fachrichtungen Metalltechnik und Sozialpädagogik.
Schwalm-Eder-Kreis und Landkreis Waldeck-Frankenberg	Mangel in der Fachrichtung Metalltechnik.
Stadt Frankfurt am Main	Mangel in den Fachrichtungen Metalltechnik, Elektrotechnik, Gesundheit und Textiltechnik.

Frage 7. In welchen dieser Beruflichen Fachrichtungen konnten wie vielen Absolventinnen und Absolventen des hessischen Vorbereitungsdienstes dennoch an den nachtragenden Schulen keine Planstellen angeboten werden? (Bitte auch Schulamtsbezirke angeben)

Für den Schulamtsbezirk SSA LDLW konnte in der Fachrichtung Elektrotechnik einer Absolventin bzw. einem Absolventen keine Planstelle angeboten werden. In der Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung trifft dies auf insgesamt drei Absolventinnen bzw. Absolventen zu.

Im Schulamtsbezirk Landkreis Gießen und Vogelsbergkreis konnten insgesamt 12 von 23 Absolventinnen bzw. Absolventen keine Planstelle angeboten werden. Für alle anderen Schulamtsbezirke wird Fehlanzeige gemeldet.

Frage 8. In wie vielen Fällen sind nach Erkenntnis diese Absolventinnen und Absolventen stattdessen in den Schuldienst benachbarter Länder eingetreten?

Im Schulamtsbezirk für den Lahn-Dill-Kreis und Landkreis Limburg-Weilburg haben sich eine Absolventin bzw. ein Absolvent im Bereich Elektrotechnik und eine Absolventin bzw. ein Absolvent im Bereich Wirtschaft und Verwaltung für eine Tätigkeit in einem anderen Bundesland entschieden.

Der Landkreis Gießen und Vogelsbergkreis meldet drei Absolventinnen bzw. Absolventen (zwei aus dem Bereich Wirtschaft/Verwaltung und eine/r aus dem Bereich Ernährung/Hauswirtschaft), die sich für eine Tätigkeit in einem anderen Bundesland entschieden haben.

In den übrigen Schulamtsbezirken liegen keine Erkenntnisse vor bzw. wird Fehlanzeige gemeldet.

Wiesbaden, 20. Oktober 2015

In Vertretung:
Dr. Manuel Lösel